

MILITÄR & GESELLSCHAFT

Deserteursdenkmal in Hamburg

Anhörung im Kulturausschuss

Die Errichtung eines Deserteursdenkmals in Hamburg ist ein kleines Stück näher gerückt. Am 19.4. fand im Kulturausschuss der Bürgerschaft eine Expertenanhörung in entspannter Atmosphäre statt. Bereits der Beschluss zu der Anhörung war in parteiübergreifendem Konsens gefasst worden.

Publikum wie Ausschussmitglieder folgten gebannt dem Eingangsstatement des Vorsitzenden der „Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz, Ludwig Baumann“. Die ergreifende Schilderung des gebürtigen Hamburgers gab den Ton der Anhörung vor. Der Ausschussvorsitzende sah sich anschließend veranlasst, dezent darauf hinzuweisen, dass Beifalls- (sowie natürlich dann auch Missfallens-) bekundigungen nicht vorgesehen seien.

Im Laufe der weiteren Anhörungen wurden Statements aus verschiedenen Fachrichtungen gegeben: Es waren Personen aus den Bereichen Geschichte, Künstlerische Gestaltung und Medientheorie eingeladen, darunter zwei Leiter von KZ-Gedenkstätten (Detlef Garbe von der Gedenkstätte Neuengamme und Habbo Knoch von der Gedenkstätte Bergen-Belsen). In den wesentlichen Punkten herrschte Einvernehmen. Allerdings wurde aus dem Bereich der Medientheorie (Gesa Zie-

mer von der Hafn-Uni HH) der Wunsch vorgebracht, den Deserteursbegriff zu erweitern. Das sei durch die Formulierung „Opfer der NS-Militärjustiz“ ohne Schwierigkeiten möglich, auch unter Einbeziehung auf den Blick auf die Frauen, worauf Ludwig Baumann in der anschließenden Fragerunde hinwies.

In problematischer Weise wurde von Ziemer der Begriff des Denkmals erweitert. Ihr Bestreben, die Frage der Vermittlung in den Vordergrund zu stellen, wurde desavouiert durch Ausdrücke wie „Alleinstellungsmerkmal“ für Hamburg und „specific art“ sowie durch Schein-Argumentationen wie: „Das wäre unheimlich interessant.“ Hinter solchen Worten drohte der inhaltliche Kern zu verschwinden.

Wenn sich überhaupt von einem Missklang sprechen lässt, wurde dieser von dem SPD-Abgeordneten Andy Grote geliefert. Seine Fragen hatten die Länge eines Experten-Statements. Dies schien darauf hinzudeuten, dass er deren Stoßrichtung zu verschleiern beabsichtigte. Die brisanteste betraf die Wertung der moralischen Motive der Wehrmachtsdeserteure. Damit hatte Grote das Niveau des CSU-Politikers Norbert Geis erreicht, der mit dieser Argumentation vergeblich versucht hatte, die Rehabilitierung dieser NS-Verfolgten-

gruppe zu verhindern. Der Ausschussvorsitzende Norbert Hackbusch stellte anschließend nicht ganz ohne Ironie die rhetorische Frage, ob hier schon der künftige Amtsleiter des Bezirks Mitte gesprochen habe. (Diese Stelle ist vakant, weil Markus Schreiber, ein Hardliner aus der SPD, zurücktreten musste.) (LB berichtete.)

In seiner Erwiderung erinnerte Ludwig Baumann daran, dass der Krieg der Wehrmacht ein Angriffs- und Vernichtungskrieg gewesen sein, so dass jeder Soldat der Wehrmacht – mit alleiniger Ausnahme der Kriegsdienstverweigerer, die jedoch allesamt hingerichtet wurden – immer auch Täter war. Er stellte anschließend die Frage, weshalb nur die Deserteure, nicht aber die übrigen Soldaten nach ihren Motiven gefragt würden.

Abgesehen von vielen Aussagen, die die künftige Diskussion und Planung bereichern werden, hatte sich inhaltlich die Ausgangslage nur in einem Punkt geändert: Zwar ist der bevorzugte Ort des geplanten Deserteursdenkmals weiterhin der „Kriegsklotz“ am Dammtor, jedoch wurde die Möglichkeit offen gehalten, andere Orte einzubeziehen, vor allem, um mögliche Ausschreibungsbewerber nicht von vornherein auf diesen Ort zu beschränken.

Lothar Zieske